

Unsere Stadt verkommt zu einem offenen Asylzentrum

Die SVP Gemeinderatsfraktion verurteilt den Entscheid des Zürcher Stadtrates, inmitten der Stadt Zürich, auf dem Duttweiler-Areal, in einem beliebten Wohn-, Freizeit- und Ausgangsgebiet, ein offenes Bundeszentrum für 500 Asylsuchende erstellen zu wollen. Der Kreis 5 weist gemessen an der Bevölkerung schweizweit die höchste Kriminalitätsrate pro Kopf auf. Nur durch jahrelange, mühsame Aufbauarbeit ist es gelungen, den Kreis 5 für Investoren wieder attraktiver zu gestalten. Unzählige Firmen und Bauherren versuchen heute, ihre Projekte im ehemaligen Industriequartier erfolgreich zu verwirklichen. Durch dieses Bundeszentrum für Asylsuchende erleiden diese positiven Bestrebungen einen herben Rückschlag. Auch das einst dem Quartier versprochene Schulhaus auf diesem Areal bleibt wohl eine Utopie.

Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass frappante Zwischenfälle in oder in der Umgebung von Asyleinrichtungen passieren. Messerstechereien, Schlägereien und Drogenhandel und vor allem Raubdelikte gehören hier zur Tagesordnung. In der Umgebung sämtlicher Asyleinrichtungen in unserem Land haben Ladendiebstähle und Einbrüche massiv zugenommen. So importiert der Stadtrat die Kriminalität direkt mitten in unsere Limmatstadt!

Der Bund hat dafür zu sorgen, dass die Schweiz für Asylsuchende massiv an Attraktivität verliert. Asylgesuche müssen schnell behandelt werden. Der grösste Teil - im letzten Jahr 90 Prozent aller Asylsuchenden - hat kein Anrecht auf Asyl in unserem Land, denn sie sind Wirtschaftsflüchtlinge. Würden die von der SVP schon längst geforderten Beschleunigungsmassnahmen endlich konsequent umgesetzt werden, bräuchte es keine solchen Bundeszentren für Asylsuchende.

Eine Referendumsmöglichkeit gegen dieses, das soziale Leben in der Stadt Zürich massiv gefährdende Projekt ist nicht möglich. Es geht nicht an, dass Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zürich vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die SVP der Stadt Zürich wird alle politischen Massnahmen ergreifen, um dieses verheerende Grossprojekt mitten in unserer Stadt zu verhindern. Sie hätte von einer verantwortungsvollen Regierung auch erwartet, keinesfalls aus eigener Initiative für ein solches Grossprojekt beim Bund vorstellig zu werden. Solche offenen Asylzentren haben in der Stadt Zürich nichts zu suchen. Holland, welches immer als Beispiel herangezogen wird, errichtet solche Asylzentren in abgelegenen Regionen, und in keiner Art und Weise inmitten von Grossstädten. Wenn schon, müssten geschlossene Asylzentren in dafür eindeutig unattraktiveren Gegenden, in abgelegenen Berggebieten errichtet werden. Nur so kann die Bevölkerung vor Übergriffen und Kriminalität geschützt werden.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef, Telefon 079 414 55 51

Gemeinderat Roger Liebi, Präsident SVP der Stadt Zürich, Telefon 079 787 45 77

Gemeinderat Roland Scheck, SVP-Vizefraktionschef, Telefon 079 794 11 77